

Die Wirtschaftslage nach dem Kriege.

Von

Hoh. Justizrat Prof. Dr. Conrad Bornhak.

Wie die Phantasie des Dichters ein in fernem Vergangenseit liegendes goldenes Zeitalter schildert, so schwebt vor den Gedanken des lebenden Geschlechtes die Zeit vor dem Kriege. Fast märchenhaft dünkt es, daß man damals alle wirtschaftlichen Bedürfnisse ohne Karten und sonstige Schwierigkeiten und zu verhältnismäßig billigen Preisen befriedigen konnte. Und unwillkürlich verbindet sich damit die Erwartung, daß jenes goldene Zeitalter mit dem Friedensschlusse ohne weiteres wiederkehren werde. Wird doch die an sich gewiß berechtigte Friedenssehnsucht zum großen Teile getragen durch den wirtschaftlichen Druck, der infolge des Krieges auf uns lastet. Vor solchen Hoffnungen kann nicht dringend genug gewarnt werden. Im Gegenteil wird der Friedensschluß die allgemeine Wirtschaftslage nicht verbessern, und es wird der Entwicklung von Jahren bedürfen, bis der Strom des Wirtschaftslebens wieder in einigermaßen geordnete Bahnen eingelenkt ist.

Die zunächst in die Augen fallende Erscheinung, die der Friedensschluß unmittelbar herbeiführen muß, sind stark sinkende Löhne. Die fabelhaften Kriegslöhne werden ohne weiteres in der Versenkung verschwinden. Denn sie sind nur die Folge des geringen Arbeitsangebotes bei starker Arbeitsnachfrage, wobei die Kriegsindustrie infolge der Abnahme ihrer Erzeugnisse durch das Reich in der Lage war, jeden Lohn zu zahlen. Demgegenüber strömen mit der Demobilisierung des Heeres Arbeitskräfte in Masse zu. Das bisherige Verhältnis von Angebot und Nachfrage wird geradezu auf den Kopf gestellt. Andererseits verliert die Kriegsindustrie einen großen Teil ihrer Absatzmöglichkeiten und wird vielfach ihren Betrieb ganz einstellen und damit weitere Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt werfen, welche die Löhne drücken. Nun ist allerdings unsere Kriegsindustrie vielfach entstanden durch Umorganisation von Friedensbetrieben. Man könnte also annehmen, sie würde sich einfach zurückorganisieren, zumal auf allen Gebieten der Volkswirtschaft ein starkes Bedürfnis nach Friedensware vorhanden sein wird. Solche Zurückorganisation wird aber vielfach wenigstens zunächst nicht möglich sein wegen Mangels an Rohstoffen. Ob und woher wir die erforderlichen Rohstoffe für die einzelnen Fabrikationszweige herbekommen, ruht noch in der Zukunft Schoß und läßt sich nicht mit einer einheitlichen Formel beantworten. Die Zurückorganisation dauert jedenfalls unendlich viel länger als die Organisation der Kriegsindustrie, die mit dem Friedensschlusse in sich zusammensinkt, gedauert hat. Damit ergibt sich ein weiteres Zutrommen unbeschäftigter Arbeitskräfte. Richtet sich aber der Arbeitslohn nach den allgemeinen volkswirtschaftlichen Faktoren von Angebot und Nachfrage, so sind stark sinkende Löhne unmittelbar mit Friedensschluß ziemlich sicher anzunehmen. Die Löhne werden so ziemlich an den niedrigsten Betrag herangehen, der zur Deckung des Lebensunterhaltes nötig ist. Die Arbeiter, die jetzt viel verdienen, tun daher gut zu sparen für die Zeit der Not, die mit dem Friedensschlusse beginnen wird.

Die geschilderten Verhältnisse müssen vielfach geradezu zur Arbeitslosigkeit führen, wenn dem nicht rechtzeitig durch die Organisation der nationalen Arbeit entgegengewirkt wird. Es bedarf hier einer ähnlichen Organisation für den Frieden wie sie der Kriegshilfsdienst für den Krieg geschaffen hat. Nur im vertrauensvollen Zusammenwirken der Staatsgewalt mit den Gewerkschaften läßt sich eine solche Organisation schaffen. Schon das preussische Landrecht von 1794 hat, woran Bismarck einmal erinnerte, das Recht auf Arbeit festgestellt. Diesem Rechte muß freilich die Pflicht des Arbeitslosen entsprechen, die ihm zugewiesene Arbeit zu übernehmen. An Arbeitsgelegenheit wird es nicht fehlen, wenn man namentlich die Bedürfnisse des flachen Landes mit in Rechnung stellt. Wenn dabei ein Teil der gewerblichen Arbeiter auf das flache Land zurückgeleitet wird. So wäre das für unsere wirtschaftliche Entwicklung kein Nachteil.

Das Ueberangebot an Arbeitskräften kann auch nicht durch das sonst zur Verfügung stehende Sicherheitsventil der Auswanderung abgelenkt werden. Wohin sollten unsere gewerblichen Arbeiter auswandern, um höhere Löhne zu erhalten? Wie bisher nach den Vereinigten Staaten, von englischen Kolonien ganz zu schweigen? Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Die bisherigen Auswanderungsziele nehmen keine deutschen Auswanderer mehr auf. Für landwirtschaftlich erfahrene Arbeiter bietet sich viel